



Fundis
statt
Fundis



Die Finanzierung der Fundis

Nie, nie, nie wieder Adelholzener!“, skandierten Feminist*innen 2023 beim Gegenprotest zum // „Münchner Marsch fürs Leben“. Dieser jährlich stattfindende Marsch ist eine der größten rechten, antifeministischen und queerfeindlichen Versammlungen in Bayern und zentrales Event der deutschsprachigen Anti-Choice-Szene. Die Anti-Choice-Bewegung definiert sich in erster Linie über das gemeinsame Ziel Schwangerschaftsabbrüche zu verbieten beziehungsweise zu verunmöglichen. Silja Fichtner, die Organisatorin des „Münchner Marsches“ 2023 und Vorsitzende des Vereins Stimme der Stillen e.V., gab in einem Interview gegenüber der rechten Online-Medienplattform Corrigenda bekannt, dass sie Adelholzener, einer der größten Getränkehersteller Deutschlands, in diesem Jahr für das Sponsoring von Wasserflaschen für die Teilnehmenden am Marsch gewinnen konnten. Auf Presseanfrage verneinte Adelholzener zwar Sponsor der rechten Veranstaltung gewesen zu sein, gab jedoch zu, dass es aus dem Umfeld des Gesellschafters diese Sachspende gab. Was die wenigsten wissen: Hundertprozentiger Gesellschafter des Unternehmens ist eine katholische Lebensgemeinschaft, die Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul in München.

Woher kommt das Geld für die Organisation eines solchen Großevents gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch? Fichtner äußert sich im oben genannten Interview auf diese Frage nur vage. Es handele

Um sich der Anti-Choice-Szene effektiv entgegenzustellen, ist es wichtig, die internationalen Netzwerke und ihre Finanzierungsstrategien zu verstehen. Aktivitäten radikaler Abtreibungsgegner*innen vor Ort sind eingebettet in eine weltweite antifeministische und LGBTIQ*-feindliche Kampagne, in der sich unterschiedliche Akteur*innen gegenseitig nicht nur finanziell unterstützen, sondern auch Wissen bezüglich Strategien, Herangehensweisen und Argumentationen austauschen.

Ein Blick auf die Finanzquellen und Strategien der Anti-Choice-Szene von ASAM München.

sich um Privatpersonen, kleine und größere Spenden, Menschen, denen es wichtig sei, dass der Marsch in München stattfindet.

Die Anti-Choice-Bewegung ist untereinander bestens vernetzt und darüber hinaus eingebettet in ein globales Netzwerk unterschiedlicher Anti-Gender-Akteur*innen. Ideologisch betrachtet geht es den radikalen Abtreibungsgegner*innen nämlich nicht nur um ein Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen. Ihre zentrale Forderung ist verknüpft mit einem extrem reaktionären, antifeministischen, rassistischen und antisemitischen Weltbild. Mit einer Rhetorik gegen Abtreibungen, Feminismus und vermeintlicher „Gender-Ideologie“ können gesellschaftliche Teilbereiche erreicht werden, die weit über das konservative bis rechte Spektrum hinaus gehen. Sie propagieren die heteronormative Kleinfamilie als vermeintlich einzig wahre Lebensform und versuchen mittels antifeministischer und LGBTIQ*-feindlicher Kampagnen politischen Einfluss zu nehmen. Um die ideologische und politische Verortung von Anti-Choice-Akteur*innen als antifeministische und rechte Akteur*innen zu verdeutlichen, kann angeführt werden, dass sowohl die AfD wie auch Gruppen aus der Pandemieleugner*innenszene für den „Münchner Marsch fürs Leben“ im Jahr 2024 mobilisiert haben. Von den Organisator*innen der antifeministischen Großveranstaltung gab es hiervon keine Distanzierung. Betrachtet man die Finanzierung einzelner Anti-Choice-Akteur*innen, wird die tiefgehende, globale Vernetzung und Zusammenarbeit

unterschiedlicher antifeministischer Akteur*innen und die daraus resultierenden Allianzen sichtbar.

Bisher gibt es wenig umfangreiche Recherchen und Hintergrundinformationen zur Finanzierung von Anti-Choice-Akteur*innen. Eine der wenigen zentralen Studien zum Thema wurde 2021 von Neil Datta, Sekretär des Europäischen Parlamentarischen Forums für sexuelle und reproduktive Rechte, herausgegeben. In der Studie „Tip of the Iceberg: Religious Extremist Funders against Human Rights for Sexuality & Reproductive Health in Europe“ wird anhand der Auswertung von Daten von über 50 Anti-Gender-Aktivist*innen deren Finanzierung untersucht. Im untersuchten Zeitraum von 2009 bis 2018 flossen dabei insgesamt 707,2 Millionen US-Dollar in die Anti-Gender-Mobilisierungen in Europa. Die Gelder stammten hauptsächlich aus den Regionen USA, Russland und Europa. Der Löwenanteil von 437,7 Millionen US-Dollar kam dabei aus Europa – wobei die Gelder hauptsächlich von 20 privaten Stiftungen kommen, die ihre Mittel wiederum von sozioökonomischen Eliten wie superreichen Einzelpersonen oder klerikal-aristokratischen Netzwerken beziehen.

Aber auch staatliche Finanzierungen sowie religiöse Netzwerke und Akteur*innen spielen eine zentrale Rolle. Exemplarisch kann hier auf das Budget aus dem Europaparlament verwiesen werden, was an faschistische oder Anti-Choice Parteien, konkret der Europäischen Christlichen Politischen Bewegung (ECPM) oder der Allianz der Europäischen nationalen Bewegungen (EANM), ausgeschüttet wird. Oder auch unterschiedliche Institutionen, die dem Vatikan zugeordnet werden können. Russische Organisationen, darunter Medienunternehmen, Stiftungen, Denkfabriken und NGOs, unterstützten die europäische Anti-Gender-Szene im untersuchten Zeitraum mit 188,2 Millionen US-Dollar. Einige dieser Organisationen stehen in enger Verbindung zu den russischen Oligarchen Vladimir Yakunin und Konstatin Malofeev, welche wiederum Verbindungen zu sogenannten russischen Waschsalons pflegten. Mittels dieser Waschsalons wurde in der Vergangenheit bereits Schwarzgeld an extrem rechte Parteien in Europa übermittelt. In der Rolle als selbsternannter Verteidiger orthodoxer Christen kann die russische Regierung eine Alternative bieten zum vermeintlich hegemonialen Westen, der seinem christlichen Erbe den Rücken zugewandt hätte. Zudem kann Russland über eine Anti-Gender-Agenda für sich geopolitische nützliche Allianzen mit Gleichgesinnten eingehen – von denen letztendlich Oligarchen am meisten profitieren.

Nicht zuletzt stammen auch 81,3 Millionen US-Dollar von insgesamt zehn NGOs und Denkfabriken der christlichen Rechten in den USA, welche ihrerseits über konservative Stiftungen durch US-amerikanische Milliardär*innen finanziert werden. Das Ziel eines gemeinsamen, globalen Kulturkampfes wird vor allem in Aussagen von Matt Britton, Vorstandsmitglied der christlich-fundamentalistischen Anti-Choice-Initiative 40 days for life aus den USA, in seiner Rede auf dem „Münchener Marsch fürs Leben“ 2023 deutlich. So sei die USA das leuchtende Vorbild im gemeinsamen Kampf gegen Schwangerschaftsabbrüche, an dem sich auch die europäische Bewegung orientieren solle. Die US-amerikanische Anti-Choice-Bewegung dient seit Beginn der deutschen Anti-Choice-Szene als Vorbild und liefert seitdem argumentative und strategische Impulse. Durch die ihre finanzielle Unterstützung versuchen sie den postulierten gemeinsamen Kulturkampf voranzutreiben und zu beeinflussen.

Bei diesem globalen Netzwerk geht es jedoch nicht alleine um die Finanzierung unterschiedlicher Vorhaben, sondern auch um Wissenstransfer darüber, wie eigene Spendensammlungen, politische Einflussnahme und Basisorganisationen aufgebaut werden können. Vor allem die US-amerikanische christliche Rechte versucht hier mittels Wissensvermittlung Einfluss auf europäische Gesellschaften zu nehmen. Eine der präsentesten Organisationen ist dabei die Alliance Defending Freedom International (ADF International), welche maßgeblich die rechtliche Infrastruktur für die christliche Rechte in Europa mit aufgebaut haben. Die ADF wurde aufgrund ihrer LGBTIQ*-feindlichen Positionen in den USA als „hate group“ eingestuft und steht damit in der öffentlichen Bewertung auf einer Stufe mit etwa dem rassistischen Ku-Klux-Klan. ADF International betreibt fünf Büros in Europa mit mindestens fünfzehn Anwält*innen, die unterschiedliche antifeministische Organisationen bei juristischen Klagen unterstützen. So unterstützten sie beispielsweise im Auftrag der Organisation Aktion Lebensrecht für Alle (Alfa e.V.), welche ebenfalls jedes Jahr beim „Münchener Marsch“ mit einem Infostand vor Ort ist, den bekannten deutschen Anti-Choice-Aktivist Klaus Günter Annen bei einer Klage gegen den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Annen hatte Abtreibungen mit Mord und dem Holocaust gleichgesetzt und war dafür vor deutschen Gerichten verurteilt worden. Der Europäische Gerichtshof bestätigte das Urteil.

Direktorin für strategische Beziehungen und Training bei ADF International ist Sophia Kuby, Tochter der deutschen, antifeministischen Publizistin Gabriele

Kuby, die 2022 auch beim „Münchner Marsch fürs Leben“ mit einer Rede auftrat. Sophia Kuby ist zudem Mitglied beim deutschen Anti-Choice-Verein „Christdemokraten für das Leben“ (CDL), eine der Unionssparteien nahestehende Initiative, die sich selbst als Teil der sogenannten Lebensschutzbewegung sieht. CDL veranstaltet seit 2022 am Vormittag des „Münchner Marsch“ einen Frühschoppen. Ein Stelldichein von Konservativen und der extremen Rechten. 2023 etwa posierten dort fünf junge Burschenschaftler für ein Foto mit dem White-Power-Handzeichen, ein extrem rechtes und rassistisches Hasssymbol.

Beispielhaft für die Professionalisierung und internationale Vernetzung der Anti-Choice-Szene und Etablierung als rechte Mobilisierungsplattform weit über das Thema Schwangerschaftsabbrüche hinaus ist die Entwicklung der rechtskonservativen Online-Plattform CitizenGO. In München war CitizenGO etwa 2023 mit einer Online-Petition gegen den von der Bayerischen Landesregierung geplanten Aktionsplan QUEER aktiv. Zudem stellten sich Mitglieder der Organisation mit Transparenten unter anderem vor dem Bayerischen Kultusministerium auf. Auf diesen war Söder – er hatte dem Aktionsplan zugestimmt – als Marionette zu sehen, der von einer schwarzen, in ein Regenbogen-Hemd gekleideten Figur mithilfe von Fäden gesteuert wird – ein ebenso LGBTIQ*-feindliches wie antisemitisches Bild.

Ein Hacker-Leak im Jahr 2021 deckte die Spendenquellen von CitizenGO auf. In Deutschland stammen Spenden vor allem aus dem westdeutschen katholischen Bürgertum, darunter etwa ein katholischer Pfarrer, der für die AfD im Kreisvorstand sitzt. Besonders brisant bei dem Leak war jedoch, dass die persönlichen Daten der Spender*innen gespeichert waren, was gegen die Datenschutzverordnung verstößt. Diese Daten werden nicht nur für die eigene Mobilisierung abgespeichert, sondern mit weiteren Anti-Gender Initiativen ausgetauscht. Hat man also etwa einmal eine Petition gegen Abtreibungen unterschrieben, wird man überschüttet mit Aufrufen gegen die Ehe für Alle oder gegen die Gleichstellung von Homosexuellen. CitizenGO versucht so durch aufgebauchte Mitgliederzahlen und Unterschriften zu suggerieren, dass es sich um eine Massenbewegung handelt, um Druck auf politische Entscheidungsträger*innen aufbauen zu können. Dieses Vorgehen wird als Astroturfing bezeichnet und ist eine gängige Strategie von Anti-Choice-Lobbyorganisationen. Persönliche Daten gelten schon lange als digitales Gold.

Auch wenn über die Finanzierung des Vereins Stimme der Stillen e.V., welcher den Marsch in München organisiert, oder etwa die 1000plus-Profemina gGmbH, eine der zentralen Unterstützer*innen des Münchner Marsch, keine umfangreichen Informationen vorliegen, ist davon auszugehen, dass sich deren Finanzierung ähnlich zusammensetzt wie die anderer wichtiger Anti-Choice-Organisationen. Zudem fallen bei einem Blick auf die Webseiten der Organisationen einige zweifelhafte Aspekte auf. So ist auf der Homepage des sogenannten „Münchner Marsch fürs Leben“ beispielsweise zu lesen, dass keine Spenden via PayPal entgegengenommen werden. Als Grund hierfür wird angegeben, dass PayPal angeblich angekündigt hätte, seinen Mitarbeiter*innen Reisekosten zu Schwangerschaftsabbrüchen zu erstatten. Recherchen hierzu liefern keine belastbaren Quelle, dass dies der Wahrheit entspricht. Vielmehr könnte es sich hier um einen Hinweis darauf handeln, dass der Verein Stimme der Stillen die Richtlinien des Finanzdienstleisters PayPal aufgrund seiner politischen Agenda nicht erfüllt.

Die 1000plus-Profemina gGmbH wiederum schreibt auf ihrer Website, dass sie kein Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) beantragt hat. Das Siegel wird an seriöse Spendenorganisationen in Deutschland vergeben, wenn Kriterien wie beispielsweise eine wirksame und sparsame Mittelverwendung, eine geprüfte Transparenz oder eine faire und ethische Spendenwerbung, die Angesprochene nicht unter Druck setzt, erfüllt sind. Auch ohne entsprechendes Siegel wirbt das gemeinnützige Unternehmen auf seiner Website für Spenden. 2023 erst machte der Geschäftsführer Kristijan Aufiero aus der Anti-Choice-Fake-Beratungsstelle „pro femina“ und aus dem Projekt 1000plus dieses Unternehmen. Mit dieser Umwandlung des Vereins in eine gGmbH ging auch ein Strategiewechsel einher. Statt sich wie bisher auf die persönliche Fake-Beratung von Schwangeren zu fokussieren, verlagerte Aufiero sein Business ins Digitale. Der Fokus liegt nun vor allem auf Spendengenerierung sowie Petitionen und wird dadurch zu einer weiteren wichtigen Finanzierungsquelle antifeministischer Vorhaben. Auf der Website wird auf unterschiedlichste Weisen um Spenden geworben: angefangen bei einmaligen oder monatlichen Kleinstspenden, über die Finanzierung einzelner Fake-Beratungen bis zur Möglichkeit, dem Unternehmen das eigene Erbe zu hinterlassen.

Wie die „1000plus-Profemina gGmbH“ für Spenden wirbt, steht sinnbildlich für die Art und Weise der Spendengenerierung der Anti-Choice-Szene. So wird

versucht, einzelne Personen vor allem auf der emotionalen Ebene anzusprechen: Mitglieder werden persönlich adressiert, ihren Beitrag gegen einen vermeintlichen Ausnahmezustand und für den Kampf gegen den angeblich drohenden Untergang zu leisten. Wie im folgenden Beispiel wird mittels einer stark emotionalisierten Sprache versucht, Menschen zum Spenden zu überzeugen: „Bitte helfen Sie mit einer SONDERSPENDE mit, den Ansturm verzweifelter schwangerer Frauen auf die Beratung und Hilfe zu bewältigen“. Mit einer ähnlichen Rhetorik werden Menschen dazu angehalten, ihr Erbe zu spenden um „über ihren Tod hinaus ungeborenes Leben zu retten“ und auch nach dem Tod dazu beizutragen, eine sogenannte „Kultur des Lebens“ aufzubauen. Auf diese Weise konnte 1000plus-Profemina im Jahr 2021 nach eigenen Angaben über 5 Millionen Euro durch Spenden, Erbschaften und Nachlässe sammeln.

Die Finanzierung der Anti-Choice-Szene ist also ein komplexes Zusammenspiel aus globalen und lokalen Kräften. Mit der Unterstützung durch russisch-orthodoxe Oligarchen, der amerikanischen christlichen Rechten, europäischen Anti-Gender-Stiftungen und

staatlichen Strukturen erhalten Anti-Choice-Organisationen die finanziellen Mittel, um ihre Agenda voranzutreiben. So ist anzunehmen, dass auch Münchner Vereine und Initiativen bei ihren Vorhaben von unterschiedlichen deutschen und globalen Akteur*innen direkt oder indirekt unterstützt werden.

Es ist absolut notwendig, sich dieser Mechanismen bewusst zu werden und ihnen aktiv entgegenzutreten, um das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung voranzutreiben. Um sich der Anti-Choice-Szene effektiv entgegenzustellen, ist es wichtig, die internationalen Netzwerke und ihre Finanzierungsstrategien zu verstehen, um sich nicht nur an einzelnen Akteur*innen abzarbeiten, sondern Anti-Choice-Aktivitäten als Teil einer internationalen, antifeministischen und LGBTIQ*-feindlichen Kampagne zu verstehen, in der sich unterschiedliche Akteur*innen gegenseitig nicht nur finanziell unterstützen, sondern auch Wissen bzgl. Strategien, Herangehensweisen und Argumentationen austauschen.©

ASAM

*Die Antisexistische Aktion München – ASAM ist eine feministische, linksradikale Gruppe in München, die sich hauptsächlich mit Themen rund um Pro Choice und Antifeminismus beschäftigt.
Für mehr Infos: asam.noblogs.org*



Foto: Pro Choice Bündnis München